Ausgabe 009 Januar 2013

Jahresbilanz Armutsnetzwerk e.V.

Mit Auszügen aus dem Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz zum Armuts-und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf den Seiten 10, 12, 14, 20 und 22

NETZEIT

EINE ZEITUNG DES ARMUTSNETZWERKS

Inhalt

Aufruf des Armutsnetzwerks zur Winternothilfe 3
Oslo im Dezember 2012 4
Positionspapier 5
BAG W zum Armuts-und Reichtumsbericht 6
Armut ist politisch gewollt 9
Arm trotz Arbeit 10
Der verborgene Hunger 12
Familiäre Armut - ein vermeidbares Phänomen 14
Jahresbilanz 2012 18
Wohnungsnot in Deutschland 20
Wohnen ist ein Menschenrecht 22

Impressum 24

Diakonie Hannovers unterzeichnet den Aufruf des Armutsnetzwerks zur Winternothilfe

Diakonie-Direktor Christoph Künkel, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen unterzeichnete am 19. Dezember 2012 den folgenden Auafruf:

Aufruf des Armutsnetzwerk e.V. zur Winternothilfe 2012/13

Im Artikel 1 der Charta der Menschenrechte heißt es:

> ***Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sinwd mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.***

In jedem Winter erfrieren auch in Europa wohnungslose Menschen. Sie erfrieren im Freien, unter Brücken, auf Parkbänken, in Hauseingängen, Abrisshäuser, in scheinbar sicheren Gartenlauben und sonstigen Unterständen. Die Hilfsangebote sind in vielen Kommunen noch immer unzureichend.

Das Leben stellt innerhalb der gesetzlichen Ordnung den höchsten Wert dar, es ist die vitale Basis der Menschenwürde und die Voraussetzung aller anderen Grundrechte. Hierbei handelt es sich um ein Menschenrecht, also um ein Recht, das jedem Menschen – unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit – zusteht.

Ein drohender Kälte- oder Erfrierungstod von wohnungslosen Menschen gefährdet bzw. beeinträchtigt in erheblicher Weise deren Grundrechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Es ist die Aufgabe des Staates, sich zur Abwehr der damit verbundenen Lebensgefahr schützend vor diese Rechtsgüter zu stellen und Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, zu denen die Betroffenen aus eigener Kraft nicht in der Lage sind.

Das Armutsnetzwerk ruft alle Menschen in Deutschland und in allen europäischen Ländern sowie alle Institutionen (Kommunen, Sozialverbände, Vereine usw.) auf, ihre Augen vor dieser Zuspitzung der Situation vieler Wohnungsloser im Winter nicht zu verschließen und fordert:

- Verhinderung von Wohnungslosigkeit im Vorfeld,
- Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus,
- bezahlbare Wohnungen für alle,
- Ende der Kürzungen im Sozialbereich,
- Armutsbekämpfung entsprechend den Festlegungen der EU-Strategie 2020

Armutsnetzwerk e.V.

Zur Unterzeichnung des Aufrufs besuchen Sie bitte unsere Webseite www.berber-info.de

Oslo im Dezember 2012

Der 10 Dezember, Todestag des schwedischen Erfinders und Industriellen Alfred Nobel, ist alljährlich ein denkwürdiger Tag.

So wird der Tag der Menschenrechte begangen. Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe beklagte, in Ihrem Interview auf Deutschlandradio Kultur, dass die Armut nicht in Gänze bekämpft werden kann. Doch es sei eine Schande, dass auf diesem Globus über 900 Mio. Menschen hungern müssen. Lebensmittel, so Dieckmann weiter, seien für alle Menschen ausreichend vorhanden. Niemand müsse Hunger erleiden.

Seit 1901 wird der Nobelpreis an verdiente Wissenschaftler in den Fachgebieten Chemie, Physik, Psychologie oder Medizin, Literatur und Friedensbemühungen verliehen. Seit 1968 gibt es weiterhin in Gedenken an Alfred Nobel den von der schwedischen Reichsbank gestifteten Preis für Wirtschaftswissenschaften. Alle Preise, außer dem Friedensnobelpreis, werden vom schwedischen König in Stockholm verliehen.

Am 10 Dezember 2012 wurde der Friedensnobelpreis der Europäischen Union verliehen. Repräsentanten, wie von Rompuy, Barroso Schulz sowie die Bundeskanzlerin gaben wortreiche Statements ab. Frau Merkel sagte unter anderem, dass sich das gegenseitige Verständnis innerhalb Europas weiterentwickeln müsse, damit die jungen Menschen auf diesem Kontinent eine Zukunft hätten.

Kann diese EU mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden, wenn 80 Mio. Menschen in Armut leben? In unserer Republik sind es 15,8 %, nahezu ein Sechstel der deutschen Bevölkerung.

Armut muss nicht sein. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, mit ihrer Strategie 2020 das Armutsrisiko bis zum Jahr 2020 für 20 Mio. Menschen zu reduzieren. Auf dem europäischen Treffen der Menschen mit Armutserfahrung sagte der dänische Staatssekretär, dass dieses Ziel nicht erreicht werde, da die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht. Menschenwürdiges Leben bedeutet, dass alle Menschen am gesellschaftlichen und am kulturellen Leben teilhaben können. Menschenwürdiges Leben bedeutet, dass die Menschen ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum haben. All diese Forderungen müssen europaweit gesetzlich verankert und schnellstens umgesetzt werden.

Das EAPN hat die europäischen Staaten und den zypriotischen Ratspräsidenten aufgefordert, sich zu äußern, inwieweit Maßnahmen gediehen sind, die Ziele der Strategie 2020 zu erreichen. Dieser Offene Brief wurde von fast allen Staaten ignoriert. Drei EU-Mitglieder haben geantwortet. Die Bundesrepublik Deutschland reagierte nicht.

Unser Land ist ein reiches Land. In Berlin leben jedoch zwischen 10.000 und 12.000 Menschen ohne Wohnung.

Sollte der Friedensnobelpreis nicht Ansporn sein , die Armut in Europa auf null zu fahren und sich für den Frieden einsetzen?

r.Werner Franke

Positionspapier des Bündnisses für ein menschenwürdiges Existenzminimum vorgelegt

Am 6. Dezember hat das „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“, ein Zusammenschluss von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, Bauern- und Umweltverbände sowie Flüchtlingsinitiativen, sein beigefügtes Positionspapier der Öffentlichkeit vorgestellt.

Anlass ist die oftmals prekäre Lage von Millionen Betroffenen, die trotz wachsendem gesellschaftlichem Reichtum unter permanenten Geldsorgen und gesellschaftlicher Ausgrenzung leiden. Hartz IV- und Sozialhilfeberechtigte, von Armut bedrohte RentnerInnen, kranke oder behinderte Menschen und Flüchtlinge stehen am Ende einer Armutsspirale. Diese setzt sich über unfaire Erzeugerpreise, Billigstlöhne in der Verarbeitungs- und Handelskette millionenfach fort und nimmt die Ausplünderung natürlicher Ressourcen sowie die Zerstörung regionaler Märkte in Kauf. Die bedrückenden Zahlen zur Kinderarmut zeigen, dass schon vom ersten Tag an viele Kinder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Das “Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum” stellt fest: Um das soziokulturelle Existenzminimum endlich verlässlich zu sichern, ist ein deutlich höherer Regelsatz dringend erforderlich.

Das Bündnis will eine breite gesellschaftliche Debatte darüber anstoßen, was erforderlich ist, um ein auskömmliches Leben für alle Menschen zu ermöglichen.

Leporello und Broschüre können über die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen *http://www.erwerbslos.de/koordinierungsstelle.html* kostenfrei bestellt werden.

Aktuelle Informationen bringt die Homepage des Bündnisses: *http://www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org/*
sowie auf der facebook-Seite: *http://www.facebook.com/menschenwurdiges.existenzminimum*
Das Bündnis freut sich über die Unterstützung durch die Nationale Armutskonferenz.

Michael Schröter
Sozialpolitik gegen Armut und soziale Ausgrenzung
Zentrum Migration und Soziales
Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Neuer Armuts- und Reichtumsbericht stellt Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit völlig unzureichend dar– BAG Wohnungslosenhilfe fordert echte Beteiligung statt Feigenblattpolitik

Bielefeld, 26.11.2012. Anlässlich der bevorstehenden Verabschiedung des IV. Armuts- und Reichtumsberichtes (Fassung vom 21.11.2012) durch die Bunderegierung moniert die BAG Wohnungslosenhilfe e.V., der Dachverband von mehr als 1200 Diensten und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, die völlig unzureichende Darstellung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit im Bericht.

Gewählte Methode unzureichend

Wie der ARB IV auf S. 74 selbst einräumt, ist der lebenslaufbezogene Ansatz für die Darstellung der Problematik der Wohnungslosigkeit ungeeignet; das gilt, wie der Bericht festhält, auch für die Themen Straffälligkeit und Überschuldung. Das Gleiche kann man aber auch für Suchtproblematik, Behinderung und psychische Krankheitenten und letztlich für die Analyse und Darstellung von Armut im Bericht generell behaupten.

Der lebenslaufbezogene Ansatz ist zwar an einzelnen Punkten zur Feststellung von Interventionsbedarf brauchbar, allerdings nur dann, wenn man ihn nicht zum leitenden Prinzip macht, sondern als Erkenntnismittel innerhalb eines lebenslagenbezogenen Ansatzes verwenden würde. Als methodisches Generalprinzip unterläuft der lebenslaufbezogene Ansatz jedoch den erforderlichen Gesamtblick auf eine Lebenslage und steht damit einem ganzheitlichen Politikansatz entgegen.

Zur Darstellung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit im ARB IV

Das methodische Prinzip der Lebenslauforientierung führt zur Verbannung des Themas Wohnungslosigkeit in den Bereich der statistischen Indikatorendarstellung. Damit wird das Thema nicht nur auf Statistik reduziert, sondern auch in der Darstellung selbst werden keinerlei Zusammenhänge – von denen es reichlich gibt – deutlich. Es findet eine reine Zahlenhuberei statt, die im Bericht zu keinerlei Schlüssen führt.

Die weitere Zusammenstellung der Themen ist willkürlich und reflektiert in keiner Weise das von der BAG W an die Bundesregierung übersandte Material.

Kurzzeithilfen dominant?

Unter Verweis auf eine Statistik der BAG W wird behauptet, die Wohnungslosen würden zu 60 % die Hilfe maximal drei Monate benötigen. Das sei eine grob unzulässige Interpretation der Daten.

- *Sie zeige nur die Verweildauer auf, nicht die Hilfenachfrage; die könne vorher oder nachher weitergehen, z.B. durch Vermittlung an andere Stellen (in der Regel 30-40%).*
- *Es handele sich nicht um Familien und Alleinstehende, sondern fast nur um Alleinstehende*
- *Aus der Verweildauer könne in keiner Weise auf den Erfolg der Hilfe geschlossen werden, da er gar nicht erhoben werde.*

Psychische Krankheit ein Leitsymptom?

So wird im Abschnitt „Aufsuchende Hilfen wirken“ ein Thema aufgegriffen, das maximal 1500 -2000 Menschen von ca. 150.000 betroffenen alleinstehenden Personen betrifft.

Zudem wird noch durch fehlerhafte Interpretation der Daten von Freudenberg (2012) der Eindruck erweckt, die Mehrheit der Straßenpopulation sei psychisch krank. Ferner steht in keiner Weise fest, ob psychische Krankheit zur Wohnungslosigkeit führt oder nicht vielmehr dadurch verstärkt wird.

Präventive Maßnahmen haben Vorrang

Im Schlussabschnitt verweist der Bericht auf Kommunen und Länder als Verantwortliche für Prävention. Der Bund bleibt völlig außen vor. Das ist – wie zahlreiche Stellungnahmen der BAG W belegen – völlig unzutreffend:

- *Nachweisbar führten die Sanktionen im SGB II bei Jugendlichen vermehrt zu Wohnungsverlusten*
- *Die Instrumentenreform habe zu einer Streichung der Arbeitsförderung um 50-60 % geführt, die insbesondere die sozial Ausgegrenzten treffe*
- *Der Bund sei zuständig für die Koordinierung einer Gesamtstrategie gegen Wohnungsnot, zu der als grundlegendes Element eine Wohnungsnotfallstatistik gehöre.*
- *Der Bund sei mit zuständig für die Verausgabung der Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Armutsbekämpfung.*

Ein Verweis auf ESF-Förderprogramme zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit fehlt – in der Tat gibt es sie auch nicht, aber sie

Bisherigen Beteiligungsformen der zivilgesellschaftlichen Organisationen am ARB IV ungenügend:

- *Fachbezogene Materialien der BAG W würden so gut wie nicht genutzt*
- *Die Termine würden viel zu kurzfristig angesetzt, so dass der Eindruck entstehe, eine Beteiligung sei von der Regierung gar nicht gewünscht.*
- *Das Streichen der letzten Sitzung des offiziellen Beraterkreises und die Reduktion der „Beteiligung“ auf eine schriftliche Stellungnahme verstärkten diesen Eindruck.*
- *Die BAG W fordere, den gesamten Beteiligungsprozess neu, transparent und so wirksam zu gestalten, dass er das Wort „Beteiligung“ verdiene.*

Schlussfolgerung

Es handelt sich um eine unvollständige und zum Teil irreführende Darstellung von Wohnungslosigkeit im Armuts- und Reichtumsbericht IV.

Die wesentlichen Bereiche der sozialen Ausgrenzung wohnungsloser Menschen werden nicht dargestellt: Sozialhilfe und Sozialhilfegewährungspraxis, Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit inkl. Notversorgung, Arbeitsmarkt und Arbeitsförderung sowie Gesundheit und Gesundheitsförderung.

Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz gibt realistisches Bild von Armut und Wohnungsnot

Der unter dem Namen „Die im Schatten sieht man nicht“ veröffentlichte „Schattenbericht“ der Nationalen Armutskonferenz zum ARB IV, an dem u.a. auch die BAG W mitgearbeitet hat, gibt dagegen ein umfassendes und realistisches Bild der Armut in kurzer und prägnanter Form.

weiter Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Wohnungslosenzahlen werden im Zuge der Wohnungsnot kräftig ansteigen

Da es in Deutschland keine Statistik zur Wohnungslosigkeit gibt, muss die BAG W die Zahl der Wohnungslosen schätzen. Laut BAG W sei die Zahl der Wohnungslosen von 2008 bis 2010 um 10% auf 248.000 Personen gestiegen. Bis 2015 prognostiziert die BAG W sogar einen weiteren drastischen Anstieg der Wohnungslosigkeit um 10 bis 15% auf dann 270.000 bis 280.000 Menschen. Schon jetzt leben wieder mehr Wohnungslose auf den Straßen als in den Jahren zuvor.

Die BAG W Wohnungslosenhilfe fordert daher von der Bundesregierung einen Nationalen Rahmenplan gegen Wohnungsnot, Wohnungslosigkeit und Armu, wie es ihn auch in anderen EU-Staaten wie Frankreich, Irland und Finnland gibt.

Dr. Thomas Specht, Geschäftsführer BAG W, (0521) 14396-15 oder Werena Rosenke, stellv. Geschäftsführerin BAG W, Leitung Presse/ÖA, (0521) 14396-11, werenarosenke@bagw.de

Abschwung oder Absturz?

Alljährlich setzt gegen Jahresende das übliche Ratespiel der Wirtschaftsforschungsinstitute und mehr oder minder bekannter Experten ein, bei dem alle Beteiligten sich mühen, die Konjunkturaussichten für das kommende Jahr zu erhellen. Dabei haben die Vorhersagen unserer modernen Konjunkturauguren in etwa dieselbe Substanz wie die Prophezeiungen ihrer Vorgänger aus dem Altertum oder der Steinzeit, als Schamanen, Orakel und Druiden, den Verlauf der Zukunft aus Tiereingeweiden oder dem Schwalbenflug abzulesen hofften: Die bis auf die Nachkommastellen präzisierten Konjunkturzahlen, mit denen der positivistische Mythos wissenschaftlicher Exaktheit und Präzision beschworen wird, haben die Aussagekraft eines Zufallsgenerators. Kaum eine Prognose unserer "Wirtschaftsweisen" tritt tatsächlich ein, wobei selbst die wenigen Treffer statistisch betrachtet auch dem schlichten Rateglück geschuldet sein können.

aus DasDenken.Blog.de

Armut ist politisch gewollt

Die Botschaft ist klar. „Armut ist politisch gewollt", sagte Michaela Hofmann, stellvertretende Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz (NAK) am Dienstag in Berlin. In Deutschland seien es Gesetze, erarbeitet in Ministerien, verabschiedet durch den Bundestag, die etwa Niedriglöhne ermöglichten. Beinahe jeder vierte Arbeitnehmer sei inzwischen im Niedriglohnsektor beschäftigt.

Und der aktuelle Hartz-IV-Regelsatz von 374 Euro monatlich mache allenfalls arm, helfe aber nicht aus der Armut heraus. 7,6 Millionen Menschen bekämen staatliche Leistungen, um ihre Existenz sichern zu können. Das wären 9,3 Prozent der Bevölkerung.

Die Armutskonferenz wirft der Regierung vor, der Bericht verschleiere die soziale Realität. Die Zahl der Menschen, die von Armut betroffen seien, pendele seit Jahren zwischen 14 und 16 Prozent. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Es sei ein „Skandal, dass sich diese Zahl auf so hohem Niveau einpendelt", sagte Hofmann. Eine „dramatische Zunahme" der Einkommensarmut im Alter sei absehbar, sagte Armutsforscher Walter Hanesch.

nak/Tagesspiegel

Aus dem Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz

Arm trotz Arbeit

Working poor ist in Deutschland schon lange kein Fremdwort mehr. Schlecht bezahlte Jobs, Menschen mit zwei oder drei Beschäftigungsverhältnissen oder auch arbeitende Senioren, kannte man lange vorwiegend aus den USA. Mit dem technologischen Fortschritt, Rationalisierungen, dem wirtschaftlichen Strukturwandel und wegfallenden Arbeitsplätzen in der Industrie nimmt das Phänomen seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland stetig zu. Verstärkt wird die Situation durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Gesetzgebung. Zunehmend mehr Menschen sind arm, obwohl sie erwerbstätig sind. Erwerbsarbeit ist längst nicht mehr der „Königsweg“ aus der Armut.

Verantwortlich hierfür sind prekäre Arbeitsverhältnisse. Der Niedriglohnsektor wächst – in Deutschland stärker als in anderen westlichen Industriestaaten. Inzwischen arbeitet hierzulande fast jeder Vierte für einen Niedriglohn. Als solcher werden laut dem Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen Bruttostundenlöhne von unter 9,54 Euro in Westdeutschland respektive 7,04 Euro in Ostdeutschland bezeichnet. Über vier Millionen Beschäftigte verdienen sogar weniger als 7 Euro pro Stunde, 1,4 Millionen gar unter 5 Euro.
Es gibt Personengruppen, die häufiger für einen Niedriglohn arbeiten als andere: mehr Frauen als Männer, häufiger Junge als Ältere, öfter Ostdeutsche als Westdeutsche und verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund.

Ernüchternde Erkenntnis all dessen: Arbeit reicht nicht mehr aus, um Armut zu vermeiden.
Rund 350 000 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland verdienen so wenig, dass sie ergänzend zu ihrem Lohn Hartz IV-Leistungen brauchen, um ihr Existenzminimum zu sichern. Lediglich jeder vierte vollzeitbeschäftigte „Aufstocker“ verdient mehr als 8,50 Euro pro Stunde. Sie sind also nicht „nur“ Teilzeitkräfte, wie Arbeitgeberverbände glauben machen wollen.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes in prekäre und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt nicht ohne Folgen für unsere Gesellschaft. Die viel diskutierte Erosion des Mittelstandes greift um sich und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere die Solidarität mit Erwerbslosen

Ein Ammenmärchen ist indes folgendes:
Befürworter eines breiten Niedriglohnsektors argumentieren, dieser schaffe einen Berufseinstieg gerade für Geringqualifizierte..

Vier von fünf Niedriglohnbeschäftigten haben jedoch eine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Noch schlimmer: Die Aufstiegsmöglichkeiten aus dem Niedriglohnsektor sind begrenzt. Viel häufiger wechseln sich kurze Zeiten prekärer Beschäftigung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit ab. Bedenklich ist auch Folgendes: Wenn Facharbeiter als Leiharbeiter ungelernte Tätigkeiten verrichten müssen, drohen sie den Anschluss in ihrem Ausbildungsberuf zu verlieren. Vor dem Hintergrund des kommenden Fachkräftebedarfs ist dies unverantwortlich.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

Flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen.

Arbeitslosenversicherung vor allem für Kurzzeitbeschäftigte ausbauen und flankierende Sozialleistungen für Geringverdiener insbesondere mit Kindern zahlen.

Für Leiharbeitnehmer müssen gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen wie für die Stammbelegschaft. Die Höchstüberlassungsdauer in einem Betrieb sollte beschränkt werden.

Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen versicherungspflichtig sein.

Keine Hartz IV-Sanktionen für Leistungsberechtigte, die nicht existenzsichernde Vollzeitarbeit oder Ein-Euro-Jobs ablehnen.

Aus dem Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz

Der verborgene Hunger

Armut in Deutschland auf dem Vormarsch

Der Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz offenbart: Auch in Deutschland entwickelt sich wieder Armut.

Oft unbemerkt etabliert sich damit auch ein versteckter Hunger in Form von Fehl- und Mangelernährung, warnt der Ernährungsmediziner Prof. Dr. Hans Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim. "Der Tagessatz von Hartz IV für Ernährung reicht nicht aus um ein Kind gut zu ernähren. Die Folgen tragen Menschen und Gesellschaft ein Leben lang. Der Wissenschaftler fordert deshalb unentgeltliches, hochwertiges Essen in Kindertagesstätten und Schulen.

Man sieht eine unzureichende Ernährungssituation nicht auf den ersten Blick: Bis zu 16 Millionen Menschen in Deutschland leben laut Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz (nak) unter der Armutsgrenze. "Viele von ihnen leiden an den Folgen von Fehl- und Mangelernährung", sagt Prof. Dr. Biesalski. "Diese Menschen haben meist genug um satt zu werden. Aber ihnen fehlt das Geld für eine gesunde und damit auch ausgewogene Ernährung." Der Wissenschaftler spricht von Hidden Hunger - verstecktem Hunger. Dieser betrifft weltweit bis zu 2 Milliarden Menschen. Ursache so UNICEF und andere Organisationen: Armut

Neben Senioren seien vor allem alleinerziehenden Müttern und ihre Kinder, die von Hartz IV leben, betroffen: "Je nach Alter kostet eine kindgerechte Ernährung mit allen erforderlichen Nährstoffen zwischen drei und sechs Euro pro Tag und Kind", erklärt der Ernährungswissenschaftler. Aber selbst der Hartz IV-Höchstsatz sehe für die Ernährung täglich nur zwischen zwei und drei Euro in der Altersgruppe der unter 14jährigen vor.

Auch das Essen in Kindertagesstätten und Ganztagsschulen sei vielerorts mangelhaft, beklagt Prof. Dr. Biesalski: "Es bleiben gerade einmal 70 Cent pro Kind für Essen übrig, wenn man die Kosten für Personal und Logistik abzieht.

Schlechte Ernährung in der Kindheit verhindert sozialen Aufstieg

Mit den Folgen von Fehl- und Mangelernährung in der Kindheit haben, je nach Schweregrad, Betroffene ihr ganzes Leben lang zu kämpfen: "Ihre physische und mentale Entwicklung ist in unterschiedlichem Maß eingeschränkt", macht der Experte deutlich. " Das sind alles andere als gute Voraussetzungen für eine fundierte Ausbildung und beruflichen Erfolg. Eine schlechte Ernährung in der Kindheit kann das gesamte weitere Leben beeinflussen."

Studien aus Schweden und den USA belegten: Wer nicht genug Geld für eine ausgewogene Ernährung hat, leidet als Erwachsener häufiger an klassischen Zivilisationskrankheiten wie Fettsucht, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Gegensteuern könnte die Politik mit einem höheren Hartz-IV-Regelsatz, fordert Prof. Dr. Biesalski. Viel wirkungsvoller sei jedoch unentgeltliches und qualitativ ausreichendes Essen in allen Kindertagesstätten und Schulen.

Hintergrund: Buch "Der verborgene Hunger"

Der Ernährungswissenschaftler Prof. Dr. Hans Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim hat dem Hidden Hunger ein ganzes Buch gewidmet. "Der verborgene Hunger. Satt sein ist nicht genug" heißt es. Darin beschreibt er das Phänomen ausführlich und zeigt, wie es sich beeinflussen lässt.

Kongress: Hidden Hunger vom 6. bis 9. März 2013

Mit dem weltweit ersten Kongress zum Thema holt die Universität Hohenheim den Hidden Hunger 2013 aus der Verborgenheit. Vorläufiges Programm und weitere Informationen unter www.hiddenhunger.uni-hohenheim.de (PD)

www.proplanta.de

Armut: Ein Zahlenspiel

Wenn man die Einkommen der Bewohner eines Landes gemäß ihrer Höhe aneinanderreiht, entsteht eine Glockenkurve. Das Einkommen bei 50 Prozent der Bevölkerung ist der Medianwert; das heißt: 50 Prozent der Bevölkerung haben ein höheres und 50 Prozent haben ein niedrigeres Einkommen als dieser Medianwert (fälschlicherweise als Durchschnittseinkommen bezeichnet). Als Armutsgrenze wird 60 Prozent dieses Medianwerts definiert. Auf der Glockenkurve liegt dieser Wert bei 15 Prozent der Bevölkerung, also 15 Prozent sind unter und 85 Prozent sind über der Armutsgrenze. Dies gilt für alle Staaten, für Burundi oder Bangladesch genauso wie für die Schweiz oder Luxemburg. Es gelten also 15 Prozent aller Schweizer oder Luxemburger als arm, genauso wie 15 Prozent der Bewohner von Bangladesch und Burundi. Wie man sieht, eine fragwürdige Definition von Armut. Abweichungen von der Zahl 15 Prozent gibt es nur, wenn die Datenbasis verändert wird, sich also etwa bayerische Daten auf Deutschland beziehen. Dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf regionale Unterschiede aufweist, ist nichts Neues. Die Armutsquote hängt davon ab, ist also keine zusätzliche Information. Fazit: Mehr Desinformation als Information!

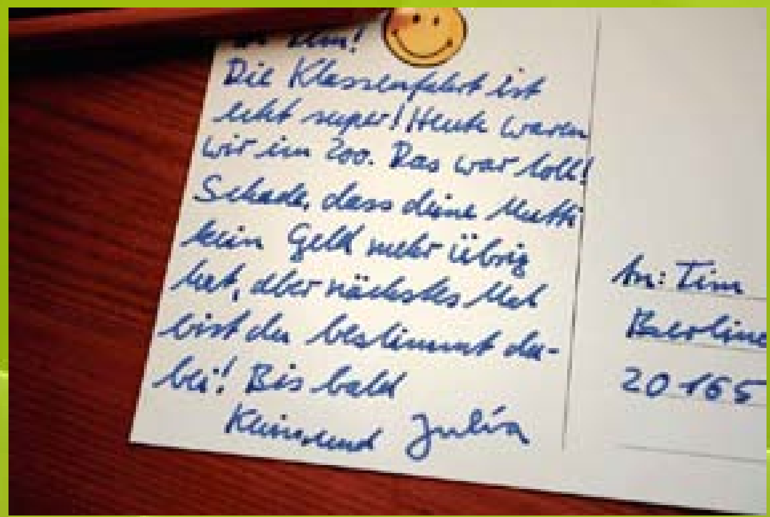
Dr. Heinz Brecht

Söchtenau

Familiäre Armut – ein vermeidbares Phänomen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Erhebung „Leben in Europa" galten im Jahr 2010 durchschnittlich 15,6 Prozent der Bevölkerung Deutschlands als armutsgefährdet. Während Familien mit zwei Erwachsenen und bis zu zwei Kindern deutlich unterhalb dieser Schwelle lagen, ändert sich das Bild bei zunehmender Kinderzahl und in Haushalten von Alleinerziehenden. Letztere galten mit einer Quote von 43 Prozent als eine der am stärksten armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Unter Haushalten mit zwei Erwachsenen und mehr als drei Kindern wurde eine Armutsgefährdungsquote von 21,6 Prozent verzeichnet.

Wachsen Kinder in Armut auf, hat dies erhebliche Auswirkungen auf ihre Entwicklung: Was die materielle Dimension betrifft, zeigt sich beispielsweise in Sachen Ernährung, dass bei Lebensmitteln auf Qualität verzichtet werden muss, um genügend Nahrung kaufen zu können. Trotzdem ist es keine Seltenheit, dass Kinder auf dem Weg zur Schule ihr Elternhaus ohne Frühstück verlassen. Auch bei den Wohnverhältnissen müssen arme Familien Einschränkungen hinnehmen: bei Lage, Größe und Ausstattung. Oft werden einige Zimmer nicht beheizt, um Energiekosten zu sparen.



All dies bleibt oft nicht ohne gesundheitliche Auswirkungen. So leiden Kinder und Jugendliche aus armen Familien öfter an Adipositas, Zahnbeschwerden und psychosomatischeng Erkrankungen als Gleichaltrige aus nichtarmen Familien.

Auch das familiäre Zusammenleben und der Aufbau von sozialen Kontakten gestalten sich schwieriger. Regelmäßige gemeinsame Malzeiten innerhalb der Familie, Ausflüge oder Besuche von Verwandten oder Freunden finden seltener statt. Für Kinder und Jugendliche kann dies zur Folge haben, dass sie im Gegensatz zu Kindern aus einkommenseicheren Haushalten ein geringes Selbstbewusstsein entwickeln

Armut hat aber auch negative Auswirkungen auf die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und die schulische und außerschulische Bildung. Wächst zum Beispiel ein Kind in einem Haushalt auf, in dem kein PC zur Verfügung steht, dann sind diese Kinder in zweierlei Hinsicht benachteiligt. Zum einen, weil sie den Umgang mit den neuen Medien schwerer erlernen und zum anderen, weil von der Schule ein PC für die Hausaufgaben oder Projekte vorausgesetzt wird. Dies führt unter anderem dazu, dass der Übergang zu weiterführenden Schulen nicht erreicht wird, es zu schlechteren Noten und damit zu schlechteren Bildungsabschlüssen kommt.

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung gewährt bedürftigen Kindern lediglich zehn Euro monatlich für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder in einer Musikschule. Allerdings ist das Antragsprocedere so bürokratisch, dass viele Familien auf ihren Anspruch verzichten. Nach einer Erhebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds vom April 2012 wurden von 636 Millionen Euro im Jahr 2011 lediglich 130 Millionen Euro abgerufen.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

- Verbesserung der materiellen Lage einkommensarmer Familien durch bedarfsgerechte Berechnung der Regelsätze bzw. eine eigenständige Existenzsicherung, z.B. über eine Kindergrundsicherung und den flächendeckenden Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder und Jugendliche
- Verbesserung der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe durch eine Überarbeitung bzw. Umgestaltung des Bildungs- und Teilhabepaketes und den Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sowie eine Ausgestaltung, dass Kinder und Jugendliche die Angebote (Museum, Theater, Vereine etc.) auch in Anspruch nehmen können
- Verbesserung der individuellen Unterstützung von Familien durch den Ausbau von kommunalen Präventionsketten „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg"

Hartz IV-Empfängern bleibt immer weniger zum Leben

Das Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum (ein Zusammenschluss von Bauern, Erwerbslosen, des DGB, Flüchtlings-, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden) wirft der Bundesregierung vor, Armut zu verschärfen. Es weist darauf hin, dass Bezieher von Hartz-IV trotz der geringfügigen Erhöhung der Regelsätze zum 1. Januar 2013 in diesem Jahr faktisch weniger zum Leben haben als bei der Einführung von Hartz IV vor acht Jahren. Der Grund liegt im Anstieg der Verbraucherpreise seit 2005 um 14,5 Prozent, während der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen jedoch nur um 10,7 Prozent erhöht wurde.

Orientierung am tatsächlichen Bedarf

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärt, dass das Risiko, für kürzere oder längere Phasen des Lebens auf Hartz IV angewiesen zu sein, erheblich zugenommen habe und gleichzeitig durch Hartz IV immer weniger Schutz vor Armut geboten würde. Dies bedeute Entbehrung und Ausgrenzung. Buntenbach fordert daher, eine Erhöhung der Regelsätze und deren Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen und den notwendigen Lebenshaltungskosten. Existenz sichernde Regelsätze und flächendeckende Mindestlöhne seien erforderlich, um eine Mindestteilhabe aller zu gewährleisten. Die Preise für Güter der Grundversorgung seien überdurchschnittlich gestiegen, sodass Einkommensschwache große Teile ihres Einkommens ausgeben müssten. Die Preise für Lebensmittel haben sich seit Januar 2005 um 20,7 Prozent, die Strompreise sogar um 45,8 Prozent erhöht.

Verteilungsfragen unter Umweltgedanken neu stellen

Reinhild Benning vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert, Hilfe für ärmere Haushalte, sodass beispielsweise energieeffiziente Kühlschränke anschafft werden könnten. Um Fortschritte beim Umwelt- und Klimaschutz erreichen zu wollen, müssten die Verteilungsfragen neu gestellt werden, erklärt sie. Um den Kauf von besseren und fairer produzierten Lebensmitteln zu ermöglichen, sei ebenfalls ein höherer Regelsatz erforderlich.

Höhere Sätze mehr Sicherheit am Arbeitsmarkt

Guido Grüner von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg betont die positiven Wirkungen auch auf andere Bereiche. Sein Motto ist „Mehr für Arme heißt mehr für Alle“. Hartz IV schaffe ein Klima der Angst vor sozialem Abstieg und mache Arbeitnehmer erpressbar. Er verspricht sich von deutlich höheren Regelsätzen stabilisierende Effekte auf Lohnniveau und Arbeitsbedingungen.

Minimale Aufstockung

Die Anhebung des Regelsatz für Erwachsene erfolgt zum 1. Januar 2013 um acht Euro auf 382 Euro. Ein 13-jähriges Kind erhält 255 Euro (Anstieg um 4 Euro). Seit dreieinhalb Jahren ist dies die erste Erhöhung für diese Altersstufe. 7,8 Mio.Menschen sind auf die Grundsicherung mit den Regelsätzen angewiesen, darunter neben Erwerbslosen und erwerbstätigen Aufstockern auch Rentner und Erwerbsgeminderte.

tarifeverzeichnis.de

Sozioökonomisches Panel (1995 bis 2005)

Lebenserwartungsunterschied zwischen dem reichsten und ärmsten Viertel der Bevölkerung bei Frauen um ca. 8 Jahre !

- Lebenserwartungsunterschied zwischen dem reichsten und ärmsten Viertel der Bevölkerung bei Männern um ca. 11 Jahre !
- 31 % der von Armut betroffenen Männer erreicht nicht das 65 Lebensjahr.
- **Der Trend nimmt zu ! Arme sterben früher !**
- **Unterschied zwischen der „Armutsgruppe“ und der „Reichtumsgruppe“ hinsichtlich der gesunden Lebenserwartung bei Frauen von 10,2 Jahre und bei Männern von 14,3 Jahre.**
- **Jahre mit eingeschränkter Gesundheit Männer: 13,3 Jahre („Armutsgruppe“) und 9,8 Jahre („Reichtumsgruppe“), bei Frauen lauten die Zahlen 16,1 Jahre und 14,3 Jahre.**

Erkrankungs- und Sterblichkeitsauffälligkeiten bei arbeitslosen Menschen

- Mortalität (Sterbequote) 2,6 fach höher als bei Erwerbstätigen
- Suizidversuche 20mal häufiger als bei Erwerbstätigen (Suizidversuche mit tödlichem Ausgang ebenfalls häufiger)
- doppelt so hohes Risiko eines gewaltsamen Todes (suizidal, Unfälle)

Im Kapitel III.6.3 des Armuts-und Reichtumsberichts “Zusammenhang von Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Wohlbefinden” wurde folgender Satz gestrichen:

„Auch deshalb bleibt es für die Bundesregierung über alle Ressortzuständigkeiten hinweg ein herausragendes Ziel ihres politischen Handelns, so viele Menschen wie möglich in Existenz sichernde sowie gute Arbeit zu bringen.“

Aus einem Beitrag von Prof.Dr. Trabbert (stellv. Sprecher der nak vom 18.12.2.12

»Miss Smith, kaufen Sie die Rechte an der Bibel und lassen Sie den Abschnitt über den Reichen und das Nadelöhr ändern.«

Jahresbilanz 2012 des Armutsnetzwerk e.V.

Das vergangene Jahr 2012 ist für das Armutsnetzwerk von erheblicher Bedeutung gewesen. Im Januar 2011 als unabhängige Organisation gegründet, etablierte sich der Verein Armutsnetzwerk e.V. Der Verein bietet vielfältige Möglichkeiten einer Mitarbeit.

Unsere Aktivitäten des Jahres 2012

Ständige, nicht termingebundene Projekte, an dem Netzwerkmitglieder Anteil haben oder hatten:

- Mitgliedschaft in der Nationalen Armutskonferenz (nak)
- Mitgliedschaft Initiative Kritisches Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln
- Mitgliedschaft im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum
- Mitgliedschaft im Aktionsbündnis „UmFAIRteilen“
- Aktualisierung unserer Webportale
- Arbeit der Obdachlosen-Uni Berlin
- Aktivitäten der Kulturlogen im Bundesgebiet
- Aufnahme der Arbeit in der Arbeitsgruppe Hartz IV
- Pressearbeit
- Wiederauflage der Netzeit mit monatlichem Erscheinungstermin und verändertem Umfang
- Kontinuierliche Arbeit mit der Kindergruppe im Verein Bauen Wohnen Leben in Köln
- Aufbau einer Kooperationsbeziehung zu BAKU e.V. Wien
- Kooperationsvereinbarung mit dem Verein Soziales Zentrum Höxter e.
- Teilnahme an der Vorbereitung des Treffens der Menschen mit Armutserfahrungen im Juni 2013 in Darmstadt
- Unterstützung und Anleitung beim Webauftritt der Wohnungslosenhilfe Freistatt www.wohnungslos.info
- Aktivitäten des Sozialen Dorfes Minden
- Aktivitäten der Vereine Fliedergarten e.V. und Hartz-IV-Betroffene in Potsdam

Monatsübersicht:

Januar:
Seminar an der Salomon Hochschule in Berlin
Feierstunde 25 Jahre Rasthaus Diepholz
Erfahrungsaustausch mit der Organisation Sand in Kopenhagen

Februar:
Erfahrungsaustausch in Budapest EUH/Á Varos Mindenkié

März:
Treffen der Menschen mit Armutserfahrung in Düsseldorf
Tafelsymposium in Esslingen

April:
Besuch des ANW in der Einrichtung Diakonie Michaelshoven

Mai:
Teilnahme an der Delegiertenkonferenz der EAPN in Brüssel und Mitgliederversammlung der EUH.

Juni:
Treffen des Armutsnetzwerkes in Freistatt/Sulingen, Beschlussfassung zur Vereinsgründung
Vorstellung der Arbeit von Berber-Info und des Armutsnetzwerkes in der Mitgliederversammlung des evangelischen Fachverbandes der Wohnungslosen in Loccum/Niedersachsen

August:
Gründungsversammlung des Vereins Armutsnetzwerk e.V., 10 Gründer verabschiedeten die Satzung und wählten den Vorstand

September:
Teilnahme EAPN Konferenz in Brüssel.
Aktion „UmFAIRteilen“ mit Beteiligungen an den dezentralen Veranstaltungen in Nienburg, Hannover und Bremen

Oktober:
Eröffnung des Umbaus der Herberge zur Heimat in Nienburg
Teilnahme an der EVO Fachtagung in Nürnberg
Teilnahme an der 9. Armutskonferenz Österreichs in Wien
Mitgestaltung der Ausstellung „Kunst hilft Geben“ in Köln

November:
Teilnahme an der Fachausschusssitzung der FEANTSA in Barcelona und an der Mitgliederversammlung von HOPE
Aufnahme des Armutsnetzwerks als Mitglied in die nak
Arbeitstreffen des Kritischen Aktionsbündnisses 20 Jahre Tafeln
Arbeitsgruppentreffen AG Hartz IV

Dezember:
Gründung der Kulturloge Sulingen
Veröffentlichung der Winternothilfe des Armutsnetzwerks. Das Diakonische Werk Hannovers unterzeichnet unseren Winteraufruf anlässlich eines Pressefrühstücks
Arbeitstreffen „UmFAIRteilen“ in Hannover
Mitarbeit Arbeitsgruppe “Armutsbericht der Regierung” in Berlin

Aus dem Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit nehmen in Deutschland zu

Rund 248 000 Menschen ohne Wohnung, rund 106 000 Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht und insgesamt rund 354 000 Wohnungsnotfälle: Diese alarmierenden Zahlen für das Jahr 2010 beruhen auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W). Ohne sie gäbe es keine Zahlen zum Phänomen der Wohnungslosigkeit, weil bis dato keine amtliche Statistik darüber besteht. Kaum zu glauben, in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland, das Wert auf die Bezeichnung als Sozialstaat legt.

Mit ihrem Statistikbericht wertet die BAG Wohnungslosenhilfe jährlich eine Befragung von knapp 24 000 Wohnungslosen aus, die in 166 Einrichtungen und Diensten der Wohnungslosenhilfe Unterstützung erfahren. 88,7 Prozent der Wohnungslosen waren demnach 2010 alleinstehend. 3,1 Prozent der Wohnungslosen waren 2010 alleinerziehend, 2,2 Prozent Paare mit Kindern und 4,1 Prozent Paare ohne Kinder. Die Wohnungslosigkeit bei Alleinstehenden stieg von 2008 bis 2010 um 15 Prozent. Auch die Zahl der Menschen, die ganz auf der Straße leben, stieg von circa 20 000 im Jahr 2008 auf circa 22 000 im Jahr 2010.

Nach Schätzungen der BAG W lag im Jahr 2010 der Anteil der Kinder und minderjährigen Jugendlichen unter allen Wohnungslosen bei zehn Prozent. Etwa 64 Prozent aller Wohnungslosen sind männlich, 26 Prozent sind weiblich .

Einen Sonderfall stellen die jungen wohnungslosen Menschen – ihre Zahl ist steigend – dar: 2010 war bereits ein knappes Drittel der Klientel der Wohnungslosenhilfe unter 30 Jahre. 20 Prozent sind unter 25 Jahre. In dieser Altersgruppe ist der Anteil der jungen Frauen überproportional hoch: 31 Prozent sind jünger als 25 Jahre, 43 Prozent jünger als 30 Jahre. Viele dieser jungen Erwachsenen leben entweder ganz auf der Straße oder in Abbruchhäusern. Manche kommen bei Freunden und Bekannten unter. Dabei handelt es sich häufig um prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse, in denen nicht selten Gewalt und Missbrauch erlebt wird.

Angesichts der wirtschafts- und finanzpolitischen Lage, aber auch der sozialpolitischen Rahmenbedingungen wird die Zahl der Wohnungslosen in den nächsten Jahren emporschnellen. Die BAG W prognostiziert einen Anstieg von bis zu 15 Prozent auf etwa 280 000 bis zum Jahr 2015.

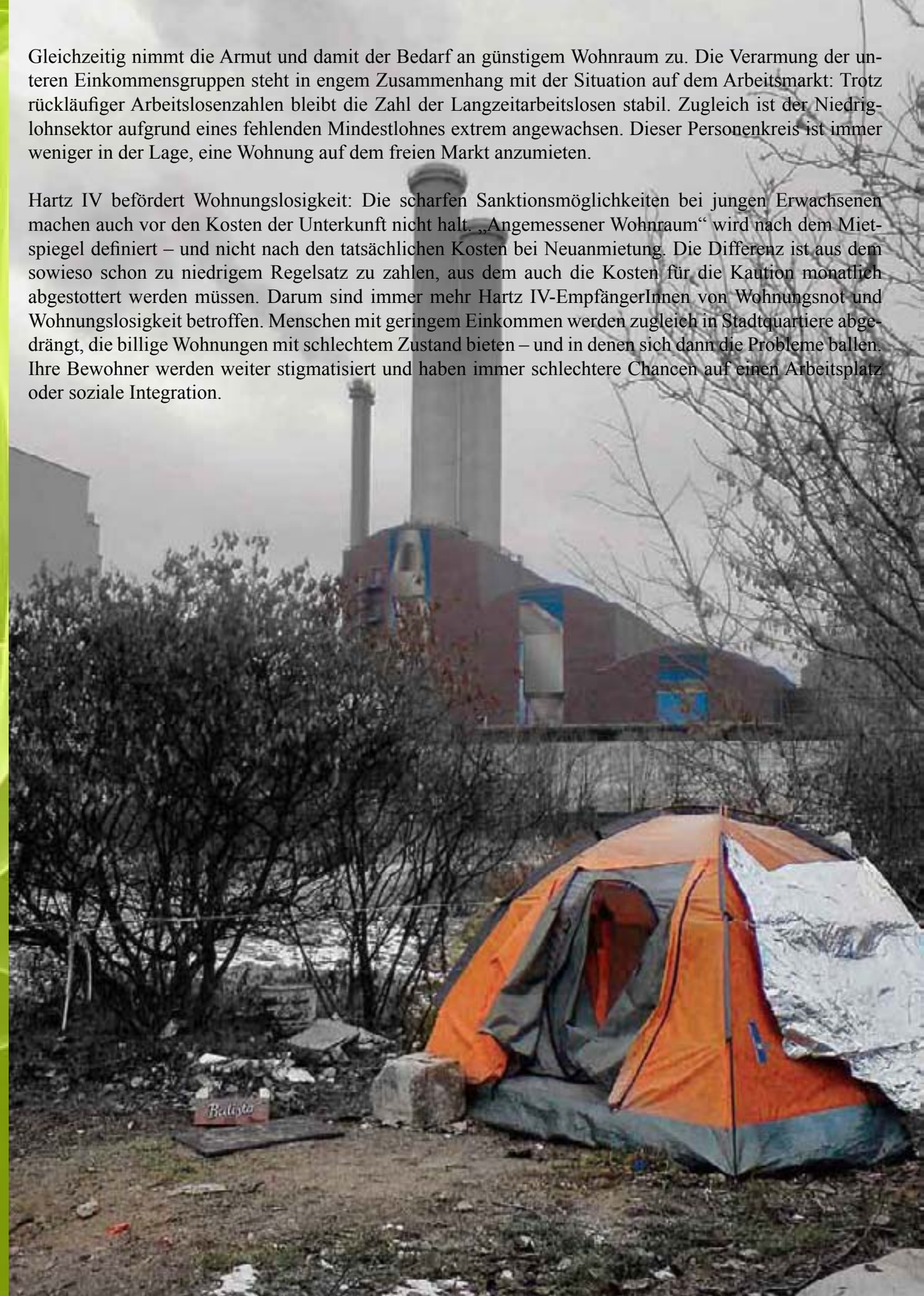
Ursachen der zunehmenden Wohnungsnot

Hauptursachen für die zunehmende Wohnungslosigkeit sind das Anziehen der Mietpreise und die Rücknahme des sozialen Wohnungsbaus. Dem wird durch Wohnungspolitik nicht gegengesteuert – im Gegenteil: Der Bund kürzte die Mittel für die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 weiter.

Viele überschuldete Kommunen verkaufen ihre eigenen Wohnungsbaubestände an private Investoren. Das betraf in wenigen Jahren über eine Million Wohnungen: Für die Mieter bedeutet dies immer wieder Mieterhöhungen und weniger Investitionen in Renovierung und Bestandssicherung. So entstehen Schrottimmobilien, während bezahlbarer Wohnraum fehlt. Die Möglichkeiten der Kommunen, für Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen Wohnraum zu gewährleisten, werden immer schlechter.

Gleichzeitig nimmt die Armut und damit der Bedarf an günstigem Wohnraum zu. Die Verarmung der unteren Einkommensgruppen steht in engem Zusammenhang mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt: Trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen stabil. Zugleich ist der Niedriglohnsektor aufgrund eines fehlenden Mindestlohnes extrem angewachsen. Dieser Personenkreis ist immer weniger in der Lage, eine Wohnung auf dem freien Markt anzumieten.

Hartz IV befördert Wohnungslosigkeit: Die scharfen Sanktionsmöglichkeiten bei jungen Erwachsenen machen auch vor den Kosten der Unterkunft nicht halt. „Angemessener Wohnraum“ wird nach dem Mietspiegel definiert – und nicht nach den tatsächlichen Kosten bei Neuanmietung. Die Differenz ist aus dem sowieso schon zu niedrigem Regelsatz zu zahlen, aus dem auch die Kosten für die Kaution monatlich abgestottert werden müssen. Darum sind immer mehr Hartz IV-EmpfängerInnen von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit betroffen. Menschen mit geringem Einkommen werden zugleich in Stadtquartiere abgedrängt, die billige Wohnungen mit schlechtem Zustand bieten – und in denen sich dann die Probleme ballen. Ihre Bewohner werden weiter stigmatisiert und haben immer schlechtere Chancen auf einen Arbeitsplatz oder soziale Integration.



Wohnen ist ein Menschenrecht!

Resolution der Nationalen Armutskonferenz anlässlich des 7. Treffens der Menschen mit Armutserfahrung im März 2012

Wir, die Teilnehmer des 7. Treffens von Menschen mit Armutserfahrung, haben auf der Fachtagung „Armut und Wohnen – Wohnen ein Menschenrecht“ erfahren, dass:

- **es ein Menschenrecht auf angemessenes Wohnen gibt. (Artikel 25 [1] der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 11 [1] des UN-Sozialpakts)**
- 248 000 Menschen in Deutschland 2011 wohnungslos waren.
- über 50 Prozent der Kölner Haushalte nur mit Hilfe von Transferleistungen ihre Wohnkosten bezahlen können.
- viele Wohnungen in einem schlechten Bauzustand, heruntergekommen und von Schimmel befallen sind, weil der Eigentümer kein Interesse an einer Renovierung hat.
- Wohnungen/der Immobilienmarkt in erster Linie finanzwirtschaftlich betrachtet und betrieben wird und Gewinne erzielt werden sollen.
- die Bundesregierung in einer großen Anfrage im Bundestag bestätigte, „…dass ärmere Kinder weniger gesund sind und schlechte Wohnungen krank machen. Hohe Verkehrsbelastung, fehlende Infrastruktur für Bewegung und Sport, wenig Grünflächen und wenig ausgeprägtes nachbarschaftliches Zusammenleben führen zu einer Verschlechterung des physischen und psychischen Gesundheitszustands“.
- in der deutschen Verfassung ein Artikel fehlt, der das Menschenrecht auf Wohnen aufgreift.
- Wohnen mehr ist, als nur ein Dach über dem Kopf.
- die Wohnung zu verlieren oder umziehen zu müssen, weitreichende Folgen und Auswirkungen auf Arbeit, Gesundheit und das Leben hat.
- es in vielen Regionen (insbesondere in den Großstädten) an bezahlbarem Wohnraum mangelt und dort Wohnungsnot herrscht.

Wir fragen deshalb: Wohnst Du noch, oder lebst Du schon?

und fordern:

- die Verankerung des Menschenrechtes auf Wohnen durch einen neuen, eigenen Artikel im Grundgesetz.
- einen integrierten nationalen Aktionsplan gegen Wohnungsnot und Armut.
- Landespläne und Förderprogramme gegen Wohnungsnot in allen Bundesländern.
- die Vermeidung/Verhinderung von Wohnungsnotfällen durch Regelungen auf der kommunalen Ebene. Die hierfür benötigten Präventionsmaßnahmen müssen verbindlich und verpflichtend geregelt werden.
- den sozialen Wohnungsbau wieder im erforderlichen Umfang sicherzustellen.
- bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Mietnebenkosten, damit eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich leibt.
- Wohnungsversorgung als Daseinsvorsorge zu begreifen und umzusetzen.

Impressum

Die “NetZeit” erscheint als monatliches Journal in ergänzender Zusammenfassung der Webseiten des Armutsnetzwerk e.V. Wir bemühen uns in den Beiträgen die ganze Bandbreite unserer Tätigkeit darzustellen. Für jede Anregung unserer Leser sind wir dankbar. Leserzuschriften werden veröffentlicht, die Redaktion behält sich Kürzungen der Texte vor. Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung.
Schicken Sie Ihre Beiträge per Mail oder per Fax an die Redaktion.

Herausgeber: Armutsnetzwerk e.V.
presserechtlich verantwortlich: Dietmar Hamann
Am Deepenpool 2
27232 Sulingen
Tel. 04271 919464
Fax 04271 919465
mobil 01525 3190841
E-Mail netzeit@armutsnetzwerk.de
www.armutsnetzwerk.de

Bildquellen:
Titel: Diakonisches Werk Freistatt, Seite 5: Stephan Bratek_geralt_pixelio.de, Seite 7, 8, 13, 17: Archiv, Seite 9: Wilhelmine Wulff_All Silhouettes_pixelio.de, Sete 11,12,18,19: r.Werner Franke, Seite 14 und 20: nak/AWO, Seite 23; La-Liana_pixelio.de/Dietmar Hamann